

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Bochum

Fraktion UWG: Freie Bürger

6. Dezember 2023

Herrn Oberbürgermeister
Thomas Eiskirch

Änderungsantrag zur Sitzung des Rates am 14. Dezember 2023

TOP 1.1. Nachhaltigkeitsstrategie Bochum

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

1. Der Rat nimmt das Gesamtgutachten und das Aktivitätenprogramm als Orientierungsrahmen für den weiteren Prozess zur Kenntnis.
2. Der Rat der Stadt Bochum beschließt zunächst das Starterpaket der Nachhaltigkeitsstrategie und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahmen, soweit sie noch nicht auf den Weg gebracht wurden.
3. Der Rat der Stadt Bochum beschließt die Erarbeitung weiterer Aktivitäten in jährlichen Tranchen von 15 bis 30 Aktivitäten für die Jahre 2024 ff. mit ausgearbeiteten und abgestimmten Steckbriefen, die den jeweiligen Sach- und Personalaufwand darstellen. Alle neuen Maßnahmen werden in den Fachausschüssen ausführlich vorgestellt und beraten und im Rat zur Abstimmung gestellt. Eine Evaluierung soll alle zwei Jahre nach Ratsbeschluss erfolgen.
4. Der voraussichtliche Sach- und Personalaufwand für die Aktivitäten soll ermittelt werden und in die Budgetdialoge sowie die Haushaltsplanungen zum HH 2025 ff. eingebracht werden. Im Hinblick auf die angespannte Haushaltslage wird jährlich ein festes Budget für die Aktivitäten festgelegt. Ist das Budget erreicht, werden Maßnahmen angepasst und ggf. in das nächste Haushaltsjahr verschoben. Alle Maßnahmen stehen insofern unter dem Vorbehalt der hierfür notwendigen Etatbeschlüsse.

Begründung:

CDU und UWG: Freie Bürger begrüßen, dass der Aspekt der Nachhaltigkeit in den verschiedensten Politikfeldern mit einem Bündel von Maßnahmen in Bochum verankert werden soll. Es versteht sich von selbst, dass alle Einzelmaßnahmen vom Rat beschlossen werden. Aus diesem Grund ist es weder notwendig noch zielführend, bereits jetzt das Aktivitätenprogramm, das eine Fülle von Themen behandelt und Fragen aufwirft – wenn auch nur als „Orientierungsrahmen“ – zu verabschieden. Die immensen Kosten von insgesamt 11,2 Milliarden Euro, die im Gutachten angeführt werden, erfordern eine engmaschige Kontrolle der Ausgaben für jedes einzelne Vorhaben.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.

Dr. Daniel Obitz
CDU-Ratsfraktion

Hans-Josef Winkler
Fraktion UWG: Freie Bürger